



Hans-Joachim Otto MdB

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
des Deutschen Bundestages
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

Pressemitteilung

OTTO: Bundesregierung schädigt den Finanzplatz Frankfurt und die Kommunen

Frankfurt am Main, 3. November 2006.

„Mit der gestrigen Verabschiedung der von Finanzminister Peer Steinbrück eingebrachten Kabinettsvorlage zur Einführung von börsennotierten Immobilienfonds setzt die Bundesregierung völlig falsche Prioritäten, indem sie nicht nur per Gesetz die Handlungsfreiheit der Kommunen beschränkt, sondern auch im Besonderen dem Finanzplatz Frankfurt schadet“, erklärt der Frankfurter FDP-Bundestagsabgeordnete **Hans-Joachim Otto**.

Die Regelung zu den so genannten Real Estate Investment Trusts (REITs) sehen vor, dass vor 2007 gebaute Gebäude nur dann in einen solchen Fonds eingebracht werden können, wenn sie zu mehr als 50% gewerblich genutzt werden. „An der Londoner Börse dürfen ab Anfang nächsten Jahres Wohnimmobilien-REITs gehandelt werden. Dem Finanzplatz Frankfurt bleibt dies zur Schadenfreude der ausländischen Börsen dank einer inkonsequenten Bundesregierung verwehrt. Mit dieser Einschränkung wird der Finanzplatz Frankfurt viele internationale Investoren verlieren“, so Otto, zugleich Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main, weiter.

„Mit diesem unvollständigen Gesetz nimmt die Bundesregierung weiterhin den Kommunen die Möglichkeit, frei darüber zu entscheiden, wie sie mit ihrem kommunalen Wohneigentum umgehen wollen. Vielen Kommunen fehlen einfach die sehr hohen, mehrstelligen Millionenbeträge, die oft für dringend notwendige Modernisierungen und Renovierungen notwendig sind. Hier wäre für viele der Teilverkauf von REIT-Anteilen die einzige Möglichkeit zur nötigen Kapitalmobilisierung gewesen, ohne auf Grund der Rest-Anteile den Einfluss auf die Wohnungen abgeben zu müssen“, zeigt sich Otto, Mitglied des Bundesvorstandes der FDP, überzeugt. Angesichts der teilweise dramatischen Finanzlage einiger Kommunen sei dieser Schritt der Bundesregierung unverständlich und unverantwortlich.

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 90028568, Fax: 069/ 13819300, Email: roland.philippi@gmx.de
Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: zeis-pr@t-online.de
www.hans-joachim-otto.de